

BDB.NRW Bund Deutscher Baumeister • Pempelforter Str. 47 • 40211 Düsseldorf

An den Präsidenten des
Landtags Nordrhein-Westfalen

Herrn

André Kuper

Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
18/177

A20, A02

Düsseldorf, den 09. Januar 2023

Transparenz bei der Dauer der Baugenehmigungsverfahren schaffen – Drs 18/1358

Sehr geehrter Herr Präsident Kuper,

wir bedanken uns für die Übersendung des Antrags Drucksache 18/1358 und bedanken uns für die Möglichkeit der Stellungnahme.

Der Bund Deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure, Landesverband NRW, vertritt ca. 2.000 freischaffende, angestellte und beamtete ArchitektInnen und IngenieurInnen aller Fachrichtungen. Im stetigen Austausch mit unseren Mitgliedern stehend, haben wir einen guten Überblick über die Praxis in den Genehmigungsbehörden.

Für Rückfragen zu unserer beigefügten Stellungnahme stehen wir dem Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung jederzeit bereit.

Mit freundlichen Grüßen



Dipl.-Ing. Jörg Friemel

Landesvorsitzender BDB.NRW



Dipl.-Ing. Friederike Proff

Stellv. Landesvorsitzende BDB.NRW

Stellungnahme des Bundes Deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure e.V., Landesverband Nordrhein-Westfalen (BDB.NRW), zum Antrag der FDP-Landtagsfraktion „Transparenz bei der Dauer der Baugenehmigungsverfahren schaffen“ (Drs 18/1358)

Das Baugenehmigungsverfahren ist einer der Schlüssel für die schnelle Schaffung von Wohnraum. Dies ist insbesondere in den Ballungsgebieten NRWs eine wichtige Aufgabe. Hinzu kommt, wie auch in dem vorliegenden Antrag der FDP aufgeführt, die Notwendigkeit, die Klimaziele im Gebäudesektor zu erreichen. Die vorhandenen Potenziale werden derzeit sowohl bei Sanierung, Nachverdichtung als auch Neubau nicht ausreichend genutzt. Der BDB.NRW begrüßt aus vorgenannten Gründen grundsätzlich Initiativen, die dazu beitragen, die Verfahrensdauer von Planungs- und Bauprozessen zu verkürzen.

Controlling der Wirksamkeit politischer Maßnahmen

Ebenfalls unterstützt wird der im Antrag verfolgte Ansatz, die Wirksamkeit politischer Maßnahmen anhand eines entsprechenden Controllings zu überprüfen. In diesem Falle gehen wir davon aus, dass die Dauer der Genehmigungsprozesse einer von mehreren Faktoren ist, die Auskunft über die Bilanzierung politischer Programme und die Leistungsfähigkeit der Genehmigungsbehörden geben. Die Einführung einer Rechtsverordnung nach § 91 Landesbauordnung erachten wir für sinnvoll. Die entstehende Transparenz kann Hinweise auf Potenziale zur Beschleunigung der Verfahren geben – dabei ist ausschlaggebend, welche Daten erfasst werden (Stichtag Einreichung des Bauantrages? Stichtag Einreichung des vollständigen Bauantrages? etc.). Wird die Erfassung und Meldung der Daten verpflichtend, halten wir ein professionelles Monitoring für notwendig, um entsprechend Erfolgs- / Risikofaktoren für die Baugenehmigungsfaktoren zu ermitteln und den Behörden damit einen Mehrwert zu bieten. Ein solches Monitoring darf jedoch nicht zusätzlich Kapazitäten der ohnehin personell schwach aufgestellten Baugenehmigungsbehörden binden.

Transparenz als motivierendes Druckmittel

Der im Antrag formulierten Erwartung bzw. Absicht, die entstehende Transparenz als motivierendes Druckmittel auf die Behörden sowie Wettbewerbsfaktor zwischen verschiedenen Kommunen einzusetzen, folgen wir ausdrücklich nicht. Die Baugenehmigungsbehörden und deren MitarbeiterInnen stehen bereits unter hohem Druck. Sowohl personelle Ausstattung als auch IT-Infrastruktur sind in sehr vielen Kommunen nicht mehr ausreichend, um Genehmigungsprozesse zu beschleunigen. Das Angehen dieser strukturellen Probleme hat für uns absolute Priorität.

Stärkung der Digitalisierung

Ein Baustein zur Verbesserung der Prozesse ist die Stärkung der Digitalisierung im Baugenehmigungsverfahren. Mit dem Bauportal.NRW gibt es einen vielversprechenden Ansatz, der nun flächendeckend eingeführt werden muss. Hier sind zusätzliche finanzielle Mittel des Landes notwendig. Auch die Unterstützung des Roll-outs in den Behörden, bspw. durch Beratung bzgl. der IT-Infrastruktur, Schulungen etc. halten wir für eine dringend erforderliche Investition, damit die Leistungsfähigkeit sich verbessert.

Weiterhin kann ein Mehrwert des Bauportal.NRW in der Erfassung statistischer Daten liegen. Dies sollte auch im Hinblick auf die über § 91 LBO zu erfassende Dauer der Baugenehmigungsverfahren unbedingt geprüft werden. Im besten Falle kann Dokumentationspflichten auf diese Art ohne Zusatzaufwand nachgekommen werden.

Genehmigungsfiktion und Typengenehmigungen

Der Forderung des vorliegenden Antrags, Genehmigungsfiktionen bzw. Typengenehmigungen stärker zu forcieren, halten wir für nicht zielführend. Hier gehen wir davon aus, dass insbesondere die Genehmigungsfiktion Risiken mit sich bringt, die die erwartbaren Erleichterungen übertreffen. Die Typengenehmigung ist für unsere Mitglieder kein in relevanter Häufigkeit eingesetztes Verfahren. Zu unterschiedlich sind die Anforderungen der individuell zu beplanenden Standorte bzw. baulichen Aufgaben insbesondere bei Bestandsgebäuden.

Dialog

Die Initiative, im Dialog mit Vertretern der Kommunen und der Planungs-, Bau- und Immobilienbranche Maßnahmen zu entwickeln wie Genehmigungsprozesse verbessert und somit beschleunigt werden können, unterstützen wir ausdrücklich und stehen hierfür gerne zur Verfügung.

Als Verband, der sowohl BauingenieurInnen als auch ArchitektInnen aller Fachrichtungen, angestellte, freischaffend tätige und beamtete KollegInnen vertritt, ist uns die Kommunikation zwischen allen am Bau Beteiligten sehr wichtig. Wir fördern den Dialog zwischen Kommunen und Planenden kontinuierlich und sind sicher, dass der gesamte Planungs- und Bauprozess von einem guten Miteinander der verschiedenen Akteure stark profitiert. Dies lässt sich auch auf das bereits angesprochene Bauportal.NRW übertragen, das unbedingt um kommunikative Elemente erweitert werden sollte. So ließe sich ein medienbruchfreier transparenter Prozess erreichen (bspw. über Rückfrage- und Kommentarfunktionen, Statusanzeigen etc.).

Technische und finanzielle Unterstützung der Kommunen

Die den Antrag abschließende Forderung, die Kommunen durch technische und finanzielle Unterstützung in die Lage zu versetzen, Baugenehmigungen schneller zu bearbeiten begrüßen wir, wie bereits mehrfach in dieser Stellungnahme betont.

Düsseldorf, 09. Januar 2023